

4. Mit mehr Klimaschutz aus der Krise?

GREGOR JASCHKE, MIRIAM DROSS, CLAUDIA KEMFERT

Schon zu Beginn der Corona-Pandemie zeichnete sich ab, dass diese zu einem negativen Wirtschaftswachstum führen würde. Während anfangs ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von lediglich ca. 2,8% für das Jahr 2020 erwartet wurde (SVR, 2020), gehen aktuelle Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) von einem deutlich höheren Rückgang der Wirtschaftskraft um mehr als 9% aus (Michelsen et al., 2020). Der Rückgang des BIP im zweiten Quartal 2020 um mehr als 10% scheint diese Prognosen zu bestätigen (Destatis, 2020). Schon bald nach Beginn der Pandemie wurde deshalb über Maßnahmen zur Konjunkturförderung diskutiert, die über die zunächst erfolgte kurzfristige Unterstützung der von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen (sogenanntes „Corona-Schutzschild“: Wirtschaftsstabilisierungsfonds für große Unternehmen sowie Mittel als Soforthilfe für Selbständige und Kleinunternehmen) hinaus die Wirtschaft wieder ankurbeln sollen.

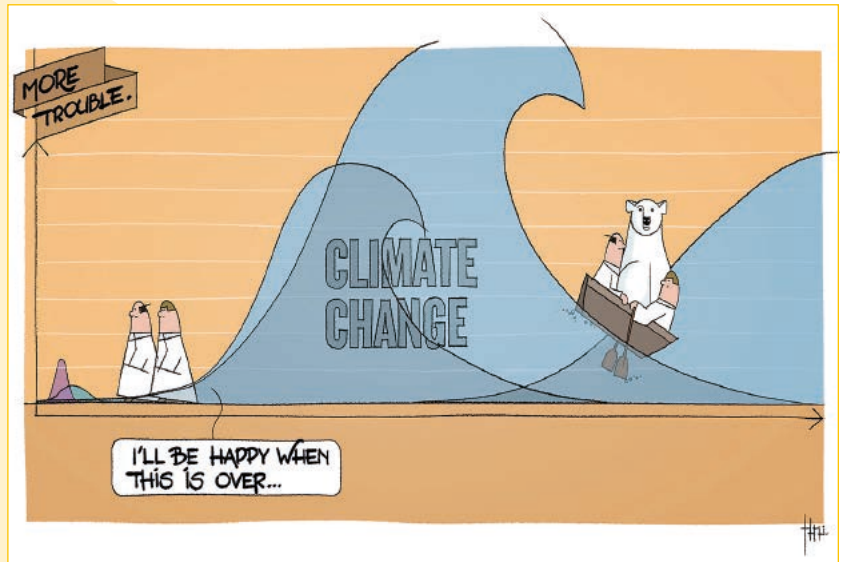


Abb. 1 „More Trouble“

© Statistically Insignificant by Raf S.

32

Synthese von Konjunktur- und Klimapolitik?

Doch die Corona-Pandemie ist nicht die einzige Krise, von der die Menschheit gegenwärtig betroffen ist. Die Klimakrise stellt nach wie vor eine existentielle Bedrohung der Menschheit dar. Der Klimaschutz war 2019 – auch durch die Proteste der Fridays-for-Future-Bewegung – in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatten gerückt. Durch die Corona-Pandemie droht der Klimaschutz in den Hintergrund zu geraten. Aber obwohl die Klimakrise im Vergleich zur Corona-Pandemie als eher langfristige Bedrohung wahrgenommen wird, drängt hier ebenfalls die Zeit. Bereits heute hat sich die Erde um durchschnittlich knapp 1 °C erwärmt und die Folgen dieser Erwärmung sind deutlich sichtbar (IPCC, 2018). Neun der wärmsten zehn Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen ereigneten sich seit 2005 (NOAA, 2020). Doch nicht nur Durchschnittstemperaturen nehmen zu, sondern auch Extremwerte.



Abb. 2 „Temperaturen im Sommer 2020 in Sibirien“
 © <https://www.wetteronline.de/wetternews/hitze-bis-35-grad-in-sibirien-6000-waldbraende-in-russland-2020-06-20-de>

Beispielsweise lagen die Temperaturen in Sibirien seit Anfang des Jahres weit über dem Durchschnitt. Im Juni wurde in der Arktis eine neue Rekordtemperatur von 38°C gemessen, eine Entwicklung, die ohne den Klimawandel nicht möglich gewesen wäre (Ciavarella et al., 2020). Auch jenseits der Temperaturen sind Auswirkungen sichtbar. Große Teile Deutschlands leiden seit 2018 unter extremer Dürre mit Folgen für Wälder und Landwirtschaft (UFZ, 2020). Je stärker sich das Klima erwärmt, desto gravierender werden die Folgen. Neben dem Verlust ganzer Ökosysteme, Extremwetterereignissen und einer besonderen Betroffenheit benachteiligter Bevölkerungsgruppen steigt mit den Temperaturen auch das Risiko von Kipppunkten, also von Punkten, an denen sich Teile des Erdsystems abrupt und unwiderruflich verändern (IPCC, 2014). Um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern, soll die globale Erderwärmung durch das Pariser Klimaabkommen auf deutlich unter 2 °C, möglichst auf 1,5 °C begrenzt werden. Damit dies erreicht werden kann, müssen die Treibhausgasemissionen weltweit drastisch reduziert werden, sodass laut Pariser Klimaabkommen in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts Treibhausgasneutralität erreicht ist (Vereinte Nationen, 2015). Laut Weltklimarat dürfen weltweit ab 2018 nur noch 800 Gigatonnen CO₂ ausgestoßen werden, um mit einer Wahrscheinlichkeit von zwei Dritteln deutlich unter 2 °C zu bleiben (Rogelj et al., 2018). Bei gleichbleibenden Emissionen wäre das CO₂-Budget bereits 2037 verbraucht (SRU, 2020). Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat dieses Budget kürzlich auf den nationalen Kontext übertragen und berechnet, dass Deutschland ab 2020 nur noch maximal 6,7 Gigatonnen CO₂ ausstoßen darf, um einen angemessenen Beitrag zur Erfüllung des Pariser Klimaabkommens zu leisten. Dieses CO₂-Budget wäre bei gleichbleibenden Emissionen auf dem Niveau von 2019 bereits im Jahr 2029 verbraucht (SRU, 2020). Daraus folgt für das Konjunkturpaket, dass vor allem sogenannte Lock-in-Effekte vermieden werden sollten. Als solche bezeichnet man Investitionen in Technologien, die eigentlich aus Klimaschutzgründen in einem überschaubaren Zeitraum ersetzt werden sollten, und bei denen durch die Investition ein Anreiz geschaffen wird, an ihnen festzuhalten, bis sich die Investition

amortisiert hat. Wer zum Beispiel im Jahr 2020 eine Ölheizung installiert, möchte diese gern über die vorgesehene Lebensdauer von 20 Jahren nutzen, auch wenn sie einen fossilen Brennstoff zum Heizen verwendet. Heutige Entscheidungen über Investitionen und Infrastrukturen bestimmen also den Weg für die kommenden Jahre und Jahrzehnte mit.

Darum ist es essentiell, dass ein Konjunkturpaket die konjunkturellen Maßnahmen mit den klimapolitischen Zielen verbindet. Die klassische Konjunkturpolitik folgt den „3-Ts“ (timely, targeted, temporary): Maßnahmen sollen zügig, gezielt und temporär ergriffen werden. Um den Strukturwandel hin zur Treibhausgasneutralität zu integrieren, sollte ein viertes T hinzugefügt werden: transformative (Bach et al., 2020). Maßnahmen sollen also auch dazu beitragen, den Wandel hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft zu unterstützen. Ein weiterer Grund für ein am Klimaschutz ausgerichtetes Konjunkturpaket liegt darin, dass dem Staat zur Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben nicht unbegrenzt Mittel zur Verfügung stehen. Wenn, wie vorgesehen, 130 Milliarden Euro in die Wiederbelebung der Konjunktur gepumpt werden und durch die Krise die Staatseinnahmen zurückgehen, werden auf absehbare Zeit keine Gelder mehr für großangelegte Transformationsimpulse zur Verfügung stehen. Auch deshalb forderten große Industrieunternehmen, wegweisende Klimaschutzinvestitionen in ein Konjunkturpaket aufzunehmen (Stiftung 2°, 2020). Dies spiegelt sich teilweise auch in der Entscheidung der Bundesregierung vom 3. Juni 2020 für ein Maßnahmenpaket wider, das einerseits die Konjunktur fördern und andererseits Zukunftsinvestitionen in Digitalisierung und Klimaschutz anstoßen will. Das Konjunkturprogramm legt den Schwerpunkt auf drei Aspekte: Stabilisierung der Nachfrage und Sicherung der Beschäftigung, Förderung der Investitionen von Kommunen und Unternehmen sowie Investitionen in die Modernisierung des Landes. Darunter werden eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in Höhe von insgesamt 130 Milliarden Euro zusammengefasst. Unter anderem sind große Summen für eine befristete Mehrwertsteuersenkung bis Ende des Jahres, eine Entlastung der Strompreise durch Senkung der EEG-Umlage sowie für einen einmaligen Kinderbonus von 300 Euro je Kind vorgesehen.

■ Überblick: Klimaschutz in den Einzelmaßnahmen

Das Konjunkturprogramm enthält zahlreiche Elemente, die klimapolitische Relevanz haben. Ein großer Teil davon entfällt auf den Verkehrsbereich; einige weitere Maßnahmen betreffen die Energiewende sowie weitere Handlungsfelder.

■ Mobilität

Im Bereich der Mobilität adressiert das Konjunkturpaket erstens die krisenbedingte Schiefelage der öffentlichen Verkehrsunternehmen. Sowohl die Deutsche Bahn als auch ÖPNV-Unternehmen



Abb. 3 „Coronavirus - Deutsche Bahn“ © picture alliance/dpa | Sven Hoppe



Abb. 4 „Aktivisten demonstrieren mit einer Menschenkette und Plakaten vor dem Bundeskanzleramt gegen eine mögliche Abwrackprämie und für das Klima“ (02.06.2020) © picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

erlitten aufgrund fehlender Fahrgasteinnahmen während der Krise hohe Umsatzeinbußen. Der Bund stellt daher umfangreiche Finanzmittel bereit, um die betroffenen Unternehmen zu unterstützen. Zweitens legt das Konjunkturpaket bei der Mobilität einen Schwerpunkt auf den Straßenverkehr. So soll beispielsweise die Kfz-Steuer stärker an den CO₂-Emissionen ausgerichtet werden. Neben einer befristeten Verdopplung der Kaufprämie für E-Autos werden verschiedene Flottenaustauschprogramme, etwa für soziale Dienste und das Handwerk, sowie für Busse und LKWs geschaffen. Außerdem sollen Investitionen in Forschung und Entwicklung in der Auto- und Zulieferindustrie sowie in der E-Mobilität und Batteriezellfertigung ebenso gefördert werden wie ein Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur. Neben Bahn, ÖPNV und Straßenverkehr sieht das Konjunkturpaket Förderungen für Schifffahrt und Flugverkehr vor.

Viele dieser Maßnahmen sind aus klimapolitischer Sicht sinnvoll. Die Unterstützung von Bahn und ÖPNV sind zwar nicht im engeren Sinne eine Konjunkturförderung, doch kann sie die finanzielle Schiefelage der Unternehmen verhindern und die Investitionsfähigkeit sichern, die für eine Verkehrswende erforderlich ist. Angesichts der dramatischen Verluste insbesondere der Bahn, aber auch der ÖPNV-Unternehmen werden die bereitgestellten Finanzmittel allerdings nicht ausreichend sein, um die krisenbedingten Verluste der Unternehmen zu kompensieren, wie auch bereits vorab erwartet worden war (Bach et al., 2020).

Im Vorfeld wurde intensiv über eine Abwrackprämie diskutiert, also eine Kaufprämie für Diesel- und Benzinfahrzeuge. Im Konjunkturpaket wurde richtigerweise auf eine solche Prämie verzichtet, weil diese ein ökologischer wie ökonomischer Irrweg gewesen wäre (Leisinger und Rösel, 2020). Den Fokus auf die Elektromobilität statt auf Verbrennungsmotoren im Konjunkturpaket zu setzen, ist also positiv zu bewerten. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur ist hier ein wichtiges Element. Statt einer Kaufprämie für Elektroautos wäre jedoch eine verbindliche Quote für die Neuzulassung von Elektroautos vorzuziehen (SRU, 2017). Zu befürworten sind auch die Flottenaustauschprogramme, vor allem die Programme für Busse des ÖPNV, aber auch für soziale Dienste und das Handwerk. Leer ausgegangen sind dagegen der Fuß- und Radverkehr.

Die im Konjunkturpaket genannte Kfz-Steuerreform zur stärkeren Ausrichtung der Steuer an den CO₂-Emissionen wurde bereits im Klimapaket der Bundesregierung angekündigt und ist somit überfällig. Klimapolitisch ist diese Maßnahme sinnvoll, da eine spürbar höhere Bepreisung für Autos mit hohem Treibstoffverbrauch eine Lenkungswirkung zur Emissionsminderung entfalten könnte. Denkbar wäre jedoch zusätzlich eine Zulassungssteuer oder ein vergleichbares Instrument, da hiermit die Kaufentscheidung noch effektiver gelenkt werden kann (Bär et al., 2020).

Die Berücksichtigung der Schifffahrt im Konjunkturpaket ist sinnvoll, da die Potentiale für Klima-, aber auch für Umwelt- und Ressourcenschutz in der Schifffahrt noch nicht ausgeschöpft

sind. Die finanzielle Förderung moderner Flugzeuge ist dagegen zu hinterfragen, weil die Luftfahrt eine besonders klimaschädliche Branche ist, die durch die Energiesteuerbefreiung des Kerosins und die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge bereits mit knapp 12 Milliarden Euro staatlich subventioniert wird (Umweltbundesamt, 2017).

Energiewende

Die Energiewende im Stromsektor wird im Konjunkturpaket vor allem durch die Stabilisierung und Senkung der EEG-Umlage adressiert. Aufgrund von Entwicklungen auf dem Strommarkt durch die Corona-Krise war ein Anstieg der EEG-Umlage, die zur Finanzierung der erneuerbaren Energien dient, prognostiziert worden (Hein et al., 2020). Diese soll nun durch Zuschüsse aus Bundesmitteln stabilisiert und leicht gesenkt werden. Daneben enthält das Konjunkturprogramm Forschungsförderung im Energiebereich sowie nicht-finanzielle Maßnahmen, etwa die Erhöhung des Ausbauziels für Offshore-Windkraft und die Abschaffung des sogenannten „Solardeckels“, der die Anzahl der geförderten Photovoltaik-Anlagen begrenzte. Die Senkung der Strompreise durch Reduzierung der EEG-Umlage wird teilweise kritisiert, da befürchtet wird, dass Energieeffizienzmaßnahmen nun nicht mehr konsequent vorangetrieben werden (Fischedick et al., 2020). Andererseits ist eine Entlastung der Stromverbraucher*innen grundsätzlich zu begrüßen, weil Strom gegenwärtig stärker mit Abgaben belastet wird als andere Energieträger. Eine durchdachte Umsetzung ist hier aber zentral, um nicht mit dem EU-Beihilferecht in Konflikt zu kommen. Denkbar wäre es, nur bestimmte Teile der EEG-Umlage über den Bundeshaushalt zu finanzieren, etwa für von der Umlage befreite Industriebetriebe. Eine weitere Option wäre eine indirekte Senkung der EEG-Umlage, indem durch einen CO₂-Mindestpreis der Börsenstrompreis erhöht wird. Darüber hinausgehend wäre jedoch auch eine umfassende Reform der Abgaben für verschiedene Energieträger empfehlenswert (SRU, 2017).

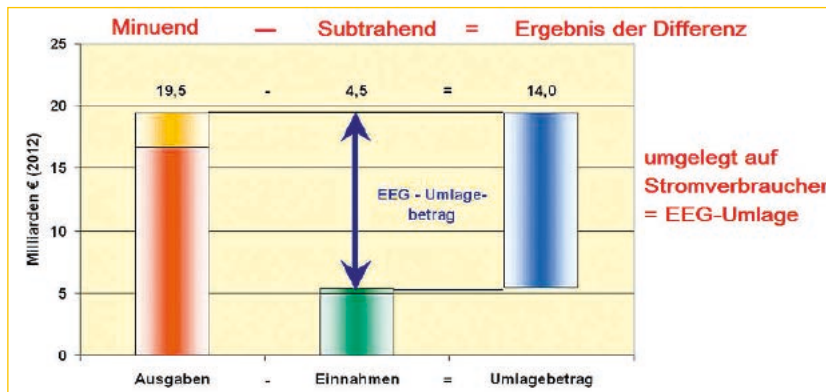


Abb. 5b „Das EEG-Paradoxon besteht darin, dass die EEG-Umlage deshalb steigt, weil mehr erneuerbarer Strom produziert wird, was den Börsenpreis drückt. Da die Einnahmen somit geringer sind, ist der Differenzbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben (und somit die EEG-Umlage) höher.“ Anm. d. Red.: In obigem Beispiel ergibt sich eine Differenz von 15,0 © <https://energiewende-rocken.org/das-eeg-paradoxon/>

Die zusätzliche Förderung der Energieforschung ist begrüßenswert. Ansonsten fällt das Konjunkturpaket aber bezüglich des Ausbaus der erneuerbaren Energien sehr dünn aus. Die nicht-finanziellen Maßnahmen, wie die Abschaffung des „Solardeckels“ und die Erhöhung des Ausbauziels für Offshore-Windkraft, gehen zwar zum Teil in die richtige Richtung, allerdings waren dies ohnehin schon beschlossene Maßnahmen, deren Aufnahme ins Konjunkturpaket eher symbolischer Natur ist.

Sonstige Maßnahmen im Klimaschutz

Drei weitere klimarelevante Themen werden im Konjunkturpaket aufgegriffen. Erstens wird die Förderung der Gebäudesanierungen aufgestockt. Zweitens werden kommunale Klimaschutzprojekte nun noch stärker gefördert. Drittens greift das Konjunkturpaket der kurz darauf vorgestellten Wasserstoffstrategie voraus und setzt hier bereits Akzente (Kemfert, in: Wenzel, 2020).

Wie ist das Konjunkturpaket klimapolitisch zu bewerten?

Wie ist das Konjunkturpaket aus Sicht des Klimaschutzes nun zu bewerten? Wie zuvor beschrieben, besteht das Paket aus einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen, von denen einige durchaus einen Fortschritt beim Klimaschutz darstellen. Eine qualitative Bewertung der Maßnahmen im Hinblick auf eine positive, neutrale oder negative Umweltwirkung zeigt, dass keine Maßnahme als grundsätzlich schlecht einzustufen ist, es vielmehr auf die konkrete Ausgestaltung ankommt (Schemmel et al., 2020). Kritischer klingt teilweise die Bewertung der Umwelt-NGOs. Sie monieren das Fehlen von Maßnahmen, die dem Umwelt- und Naturschutz zugutekommen wären, wie die Förderung des urbanen Grüns oder von Renaturierungen (NABU, 2020).

Im internationalen Vergleich schneidet das deutsche Konjunkturpaket verhältnismäßig gut ab. Dabei wird in quantitativen Analysen verglichen, wie viel Geld die Staaten in umweltfreundliche und umweltschädliche Konjunkturprogramme stecken. Es zeigt sich, dass in Deutschland, anders als in einigen anderen Ländern, die Waage eher zugunsten der umweltfreundlichen Seite ausschlägt (Vivid Economics, 2020; Energy Policy Tracker, 2020). Auch die „Wissenschaftsplattform Klimaschutz“ lobt die Verankerung des Klimaschutzes als wichtige Zieldimension im Konjunkturpaket. Kritisiert wird jedoch, dass die Maßnahmen nicht systematisch auf ihre Klimawirkung und die Kompatibilität mit den Klimaschutzzielen ausgerichtet und geprüft wurden. Neben einigen inhaltlichen Vorschlägen moniert die Wissenschaftsplattform sowohl das Fehlen einer vorherigen klimapolitischen Bewertung der

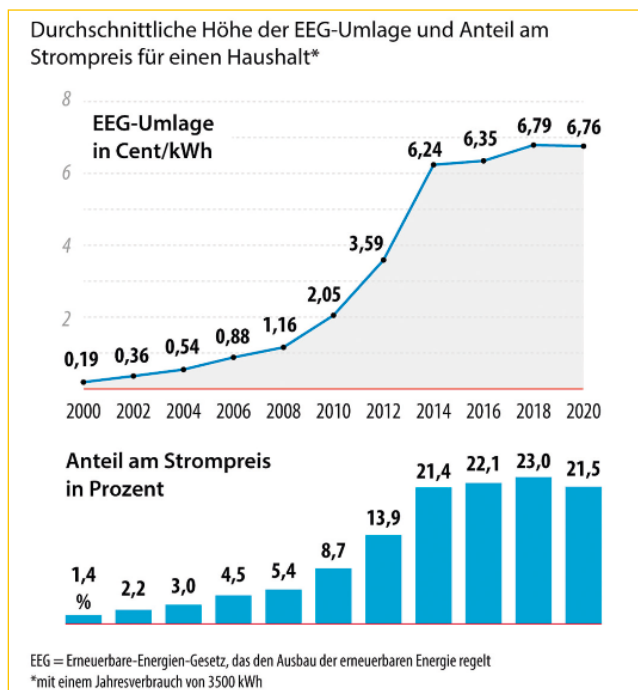


Abb. 5a „Entwicklung der EEG-Umlage und Anteil am Strompreis für einen Haushalt“ (31.03.2020) © picture alliance/dpa/dpa Grafik | dpa-infografik GmbH

Maßnahmen als auch eines kontinuierlichen Monitorings während der Umsetzung. Hiermit sollen Fehlentwicklungen vermieden werden (Wissenschaftsplattform Klimaschutz, 2020). Neben dem Konjunkturprogramm müssen aber auch direkte Finanzspritzen kritisch betrachtet werden, die einzelne Branchen vor dem Kollaps retten sollen. Die Unterstützung für die Lufthansa wurde anders als die Mittel, die Fluglinien in Österreich und Frankreich erhielten, nicht an Auflagen für den Klimaschutz gekoppelt. Allerdings will die Bundesregierung eine Quote für die Beimischung von klimafreundlicheren Kraftstoffen ins Kerosin prüfen (Tagesspiegel Background, 2020a). In Frankreich soll Air France für den Vier-Milliarden-Euro-Kredit auf Inlandsflüge verzichten. Französische Klimaschützer halten die Auflagen freilich nicht für ambitioniert genug, weil zum Beispiel Zubringerflüge nach Paris von der Regelung ausgenommen sind (Tagesspiegel Background, 2020b). Die skandinavische Fluglinie SAS erhält vom schwedischen Staat 475 Millionen Euro und soll sich dafür Ziele für die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes setzen (Handelsblatt, 2020). In Dänemark, das ebenfalls 15 % an SAS hält, schlägt die Luftfahrtbranche eine Klimaschutzabgabe vor, die auf jeden Flug erhoben werden soll.

Ist dies also die Green Recovery, das grüne Erholungsprogramm der Wirtschaft? Das erscheint zumindest fraglich. Das Paket enthält zwar einige Maßnahmen, die in die richtige Richtung gehen. Auch wurden drastische Fehlanreize wie eine Kaufprämie für Diesel- und Benzinfahrzeuge verhindert. Für einen starken Impuls für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft und Wirtschaft ist es aber nicht ausreichend, dass die einzelnen Maßnahmen den Klimaschutz (auch) fördern oder ihn zumindest nicht behindern. Notwendig wäre es vielmehr gewesen, „vom Ende her zu denken“ und danach zu fragen, welche Veränderungen unerlässlich sind und wie sie durch das Konjunkturpaket gestützt wer-

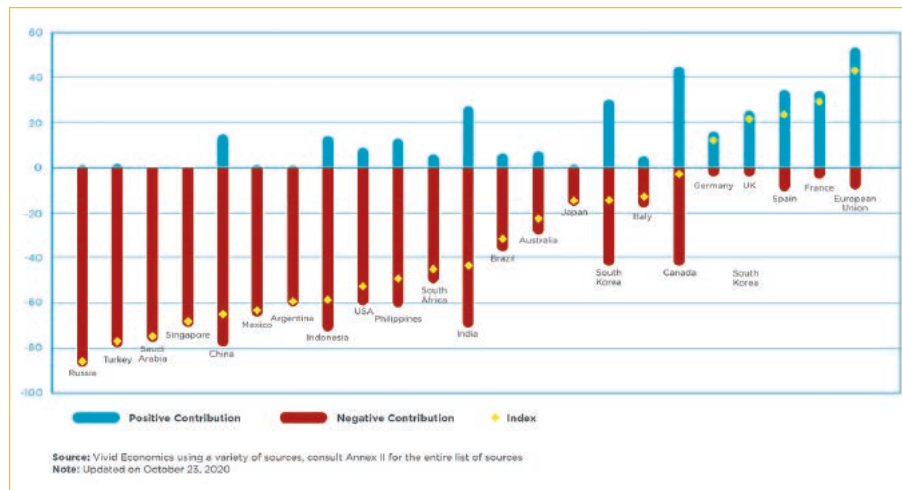


Abb. 7 „Green Stimulus Index: Auswirkungen der konjunkturpolitischen Maßnahmen im Rahmen der Corona-Krise auf die Umwelt“ © Vivid Economics (2020), https://www.vivideconomics.com/wp-content/uploads/2020/04/200723-GreenStimulusIndex_web.pdf

den können. Daher fehlt dem Konjunkturpaket die grundsätzliche strukturelle Ausrichtung hin zum Klimaschutz.

Vorschläge für ein Klima-Konjunkturpaket

Eine solche grundsätzliche Ausrichtung würde bedeuten, nicht nur zusätzlich einzelne Maßnahmen zum Klimaschutz aufzunehmen, sondern alle Maßnahmen, auch jene, die primär auf Konjunkturförderung setzen, auf ihre Klimawirkung zu prüfen. Dann könnten jene Maßnahmen letztendlich aufgenommen werden, die alle „4-Ts“ erfüllen und damit sowohl einen konjunkturellen als auch einen klimapolitischen Schub geben.

Ein Klima-Konjunkturpaket sollte sich deshalb an Investitionsbedarfen für den klimaschonenden Umbau der Wirtschaft orientieren (Bach et al., 2020). Agora Energiewende und Agora Verkehrswende haben hierzu einen Vorschlag gemacht, 100 Milliarden Euro als „Doppelten Booster“ für Konjunkturförderung und Klimaschutz zu investieren. Insbesondere in der Bauwirtschaft, aber auch in anderen

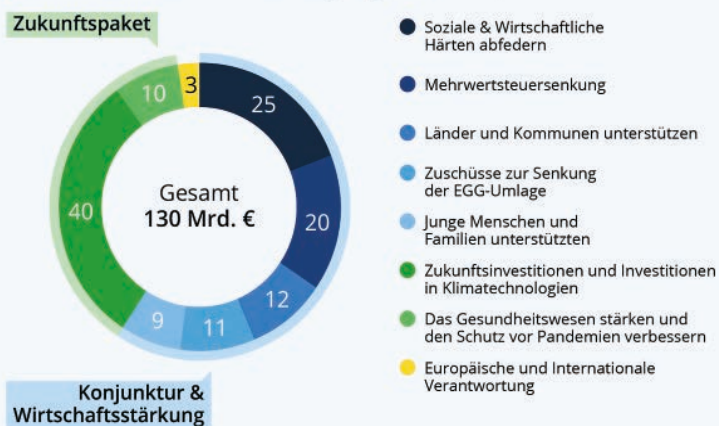
Bereichen gehen die Vorschläge der Berliner Think Tanks deutlich weiter als das Konjunkturpaket der Bundesregierung. So schlägt die Agora Energiewende den Einstieg in die serielle energetische Sanierung vor. Auch soll die Kaufkraft durch eine Senkung des Strompreises gestärkt werden (Agora Energiewende und Agora Verkehrswende, 2020). Zur Förderung des kommunalen Klimaschutzes ist (neben der Frage einer pauschalen Entschuldung) auch ein kommunaler Investitionsfonds denkbar, der dringend nötige Investitionen in Klimaschutzprojekte unterstützen könnte. Die Haushaltslage vieler Kommunen war bereits vor der Corona-Krise schwierig, doch die Krise hat die Probleme weiter verschärft (Bach et al., 2020). Zwar unterstützt das Konjunkturpaket die Kommunen punktuell, etwa durch die Übernahme eines höheren Anteils der Kosten für die Unterkunft von Sozialhilfeempfänger*innen, die Kompensation der fehlenden Gewerbesteuererinnahmen oder die höhere Förderung von kommunalen Klimaschutzprogrammen. Trotzdem besteht bei Kommunen weiterhin wenig finanzieller Spielraum für zukunftsfähige Investitionen.

„T“	Kategorie	Kriterien
„Targeted“	Konjunkturpolitischer Bedarf	Wie stark ist der Sektor, in dem die Nachfrage angekurbelt wird, von der Corona-Krise betroffen? Inwieweit hat der angekurbelte Sektor freie Kapazitäten? Welche Beschäftigungseffekte sind zu erwarten?
	Regionale Wirkung	Welche Region profitiert in welchem Umfang von dem Instrument (Deutschland/EU/Rest der Welt)?
„Timely“	Kurzfristige Umsetzbarkeit	Welcher Planungsvorlauf ist notwendig (vor Umsetzung)? Wie schnell können Projekte ausgeschrieben werden?
„Temporary“	Dauer der fiskalischen Belastung	Über welchen Zeitraum fallen Kosten der Maßnahme an?
„Transformative“	Bedeutung für Klima- und Umweltschutz	Inwieweit trägt die Maßnahme zum Klima- und Umweltschutz bei?
	Verteilungseffekte	Welchen Einfluss hat das Instrument auf Einkommens-, Vermögens- und Chancengleichheit in Deutschland?

Abb. 6 „4-T-Matrix zur Analyse von konjunkturpolitischen Maßnahmen“ © Bach, Stefan et al. (2020), eigene Darstellung, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.790248.de/diwkompakt_2020-152.pdf

So will Deutschland aus der Corona-Krise steuern

Bestandteile des Konjunkturpaket der Bundesregierung zur Corona-Krisenbewältigung (in Mrd. €)



Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung



statista

Abb. 8 „Konjunkturpaket zur Corona-Krisenbewältigung“ © <https://de.statista.com/infografik/21913/bestandteile-des-corona-konjunkturpakets/>, Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Für eine konsequente klimapolitische Ausrichtung müsste das Konjunkturpaket auch eine Reihe dringender Reformen adressieren, die keine direkte Konjunkturwirkung haben, aber eine Marktsituation schaffen, die Investitionen in erneuerbare und nachhaltige Technologien finanziell attraktiv machen. Dazu zählt vor allem die Reform von Steuern und Abgaben auf Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen sowie die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen (SRU, 2017, Kapitel 5.1). Allen voran sollte das Dieselpatent abgeschafft werden, das einer impliziten Subvention von circa 7,4 Milliarden Euro jährlich entspricht (SRU 2017, Tz. 213). Einerseits könnte durch Abschaffung klimaschädlicher Subventionen und einer Stärkung der CO₂-Bepreisung die Belastung des Bundeshaushalts durch das Konjunkturpaket abgemildert werden. Andererseits könnten durch eine konsequente Ausrichtung dieser Maßnahmen Investitionen in den Klimaschutz gelenkt werden, während klimaschädliche Investitionen reduziert würden. Ein Verhindern von klimaschädlichen Investitionen ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll, da solche Investitionen durch klimapolitische Maßnahmen in der Zukunft zu „stranded investments“ werden können, das heißt, dass diese Investitionen ihren Wert verlieren.

Des Weiteren sollte der Ausbau der erneuerbaren Energien energisch vorangetrieben werden. Auch dabei handelt es sich um Maßnahmen, mit denen Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden würden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ins Stocken geraten. Die Anhebung des 65%-Ziels für 2030 auf 75% wäre ein wichtiger Konjunkturimpuls. Aber selbst um das 65%-Ziel bis 2030 zu erreichen (das nicht ausreichend ist, um in angemessenem Maße zur Erfüllung der Pariser Klimaziele beizutragen), müssten die jährlichen Ausbauten von Wind- und Solarenergie deutlich angehoben werden (Oei et al., 2019; Oei et al., 2020). Dafür sollten, wie vom Umweltbundesamt vorgeschlagen, die Ausbaupfade für Photovoltaik und Wind an Land angehoben werden (Umweltbundesamt, 2020). Außerdem sollte geprüft werden, ob bundesweite Flächenvorgaben für den Ausbau der Windenergie an Land gesetzlich festgeschrieben werden können (Bovet et al., 2020). Des Weiteren sollte sichergestellt werden, dass funktionstüchtige EEG-Anla-

gen nach Förderungsende weiterbetrieben werden können (Umweltbundesamt, 2020).

Nicht zuletzt sollte sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür stark machen, dass auch im europäischen Konjunkturpaket Umwelt- und Klimaschutz nicht vernachlässigt werden. Vor allem darf die Umsetzung des European Green Deals (Europäische Kommission, 2019) nicht daran scheitern, dass nach den erheblichen Investitionen in das EU-Konjunkturprogramm der mehrjährige Finanzrahmen nicht mehr so ausgestattet wird, dass die angestrebten Ziele erreichbar sind. Deutschland ist sowohl hinsichtlich der konjunkturellen Erholung (als Exportnation) als auch in Bezug auf das Erreichen der Treibhausgasneutralität in Europa bis 2050 auf die anderen Mitgliedstaaten angewiesen.

Aus der Corona-Pandemie lässt sich politisch auch etwas für die Bekämpfung der Klimakrise lernen: Sie zeigt, dass global-kollektive, tiefgreifende Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen möglich sind, wenn die Gefahren ernst genommen werden. Mit der gleichen Entschiedenheit sollte auch die Klimakrise bekämpft werden.

Der Artikel gibt ausschließlich die Meinung der Autor*innen wieder.

Literaturhinweise

Agora Energiewende/ Agora Verkehrswende (2020): Der Doppelte Booster. Vorschlag für ein zielgerichtetes 100-Milliarden-Wachstums- und Investitionsprogramm, online verfügbar unter https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2020/2020-05_Doppelter-Booster/179_A-EW_A-VW_Doppelter-Booster_WEB.pdf

Bach, Stefan/ Bär, Holger/ Bohnenberger, Katharina/ Dullien, Sebastian/ Kemfert, Claudia/ Rehm, Miriam et al. (2020): Sozial-ökologische ausgerichtete Konjunkturpolitik in und nach der Corona-Krise (DIW Berlin: Politikberatung kompakt, 152), online verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.790248.de/diwkompakt_2020-152.pdf

Bär, Holger/ Runkel, Matthias/ Schlichter, Leo (2020): Wie eine Zulassungssteuer Klimaschutz im Verkehr voranbringen kann. Reformvorschlag Kfz-Steuer, online verfügbar unter https://foes.de/publikationen/2020/2020-03_FOES_Reform-Kfz-Steuer.pdf

Bovet, Jana/ Dross, Miriam/ Kindler, Lars (2020): Bundesweite Flächenvorgabe für den Ausbau von Windenergie an Land. Eine erste Systematisierung und Einschätzung der Ausgestaltungsmöglichkeiten aus rechtlicher Sicht, in: NVwZ (754)

Ciavarella, Andrew/ Cotterill, Daniel/ Stott, Peter/ Kew, Sarah/ Philip, Sjoukje/ van Oldenborgh, Geert Jan et al. (2020): Prolonged Siberian heat of 2020, online verfügbar unter <https://www.worldweatherattribution.org/wp-content/uploads/WWA-Prolonged-heat-Siberia-2020.pdf>

Destatis (2020): Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2020 um 10,1% niedriger als im Vorquartal. Auswirkungen der Corona-Pandemie führen zu historischem Rückgang (Pressemitteilung, Nr. 287 vom 30. Juli 2020), online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20_287_811.html

Energy Policy Tracker (2020): Track public money for energy in recovery packages, online verfügbar unter <https://www.energypolicytracker.org/>

Europäische Kommission (2019): Der europäische Grüne Deal. Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM (2019) 640 final

Fischedick, Manfred/ Baedecker, Carolin/ Bienge, Katrin/ Geibler, Justus von/ Hermwille, Lukas/ Kiyar, Dagmar et al. (2020): Konjunkturprogramm unter der Klimaschutzlupe: viele gute Impulse, aber Nachbesserungen für nachhaltige Wirkung erforderlich?! Diskussionspapier, online verfügbar unter <https://wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/publications/Corona-Konjunkturmassnahmen.pdf>

Handelsblatt (2020): Airline SAS soll unter Auflagen Coronahilfen erhalten, online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/dienstleister/fluggesellschaften-airline-sas-soll-unter-auflagen-coronahilfen-erhalten/25916800.html>

Hein, Fabian/ Lenck, Thorsten/ Graichen, Patrick (2020): Zwischen Rekordhoch und Abschaffung: Die EEG-Umlage 2021 in Zeiten der Corona-Krise. Kurzanalyse, online verfügbar unter https://www.agora-energiawende.de/fileadminz/Projekte/2020/2020-05_Doppelter-Booster/A-EW_181_Kurzanalyse_Corona_EEG_Umlage_WEB.pdf

IPCC (2014): Summary for Policymakers., in: C. B. Field, V. R. Barros, D. J. Dokken, K. J. Mach, M. D. Mastrandrea, T. E. Bilir et al. (Hg.): Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability, Volume 1, Global and Sectoral Aspects. Working Group II Contribution to the IPCC Fifth Assessment Report, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–32

IPCC (2018): Summary for Policymakers, in: V. Masson-Delmotte, P. Zhai, H.-O. Pörtner, D. Roberts, J. Skea, P. R. Shukla et al. (Hg.): Global Warming of 1.5 °C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5 °C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty, S. 3–24, online verfügbar unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/05/SR15_SPM_version_report_LR.pdf

Leisinger, Christopher/ Rösler, Felix (2020): Kaum mehr als ein Strohfeuer – Evaluationsstudien zu Abwrackprämien im Überblick (ifo Dresden berichtet, 03/2020), online verfügbar unter <https://www.ifo.de/DocDL/ifo-dber-leisinger-roesler-abwrackpraemie-2020-06-01-07-vorab.pdf>

Michelsen, Claus/ Clemens, Marius/ Baldi, Guido/ Dany-Knedlik, Geraldine/ Engerer, Hella/ Fratzscher, Marcel et al. (2020): Globale Wirtschaftskrise trifft

Deutschland hart – Verunsicherung lastet schwer. Editorial (DIW Wochenbericht, 24), online verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.791539.de/20-24.pdf

NABU (2020): Folgen der Corona-Krise bekämpfen – aber Natur und Umwelt dabei vergessen? NABU bewertet Konjunkturpaket der Bundesregierung, online verfügbar unter <https://www.nabu.de/news/2020/06/28243.html>

NOAA (2020): State of the Climate. Global Climate Report for Annual 2019, online verfügbar unter <https://www.ncdc.noaa.gov/sotc/global/201913>

Oei, Pao-Yu/ Göke, Leonard/ Kempfert, Claudi/ Kendziorski, Mario/ Hirschhausen, Christian von (2019): Erneuerbare Energien als Schlüssel für das Erreichen der Klimaziele im Stromsektor (DIW Berlin: Politikberatung kompakt, 133), online verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.616181.de/diwkom-pakt_2019-133.pdf

Oei, Pao-Yu/ Kendziorski, Mario/ Herpich, Philipp/ Kempfert, Claudia/ Hirschhausen, Christian von (2020): Klimaschutz statt Kohleschmutz: Woran es beim Kohleausstieg hakt und was zu tun ist (DIW Berlin: Politikberatung kompakt, 148), online verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.725608.de/diwkompakt_2020-148.pdf

Rogelj, Joeri/ Shindell, DJ/ Jiang, K./ Ffifita, S./ Forster, P./ Ginzburg, V. et al. (2018): Mitigation Pathways Compatible with 1.5 °C in the Context of Sustainable Development. Chapter 2. In: V. Masson-Delmotte, P. Zhai, H.-O. Pörtner, D. Roberts, J. Skea, P. R. Shukla et al. (Hg.): Global Warming of 1.5 °C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5 °C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty, online verfügbar unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/02/SR15_Chapter2_Low_Res.pdf

Die weiteren Literaturhinweise finden Sie auf Moodle (Vgl. Hinweis S. 5)

Medienkompetenz erleben

Offene Onlinekurse der Landeszentrale für politische Bildung für den Unterricht

Mit wenigen Klicks sind Schüler*innen in einem Kursraum und durchleben mit fiktiven Jugendlichen digitale Herausforderungen. Ob Datenschutz, Hatespeech oder Verschwörungstheorien – in den methodisch und didaktisch durchdachten Kursräumen wird Medienkompetenz authentisch vermittelt. Fertige Arbeitsblätter können auch offline genutzt werden.

- Mit Herz gegen Hatespeech (Die Verbraucherzentrale Bundesverband bewertet den Online-Kurs mit gut.) www.elearning-politik.de/mitherzgegenhatespeech.html
- Verschwörungstheorien erkennen www.elearning-politik.de/verschwörungstheorien_kurs.html
- Daten verraten. Meine Persönlichkeit im Netz www.elearning-politik.de/daten_verraten.html

Weitere offene Kurse für Schulklassen finden Sie hier: www.elearning-politik.de/internetangebote_schulklassen.html

lpb
BW

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Gerhard Altmann)

Bildungsplanbezug Wirtschaft (Leistungsfach)

1. Grundlagen der Ökonomie

(5) Ursachen für Marktversagen (zum Beispiel Marktmacht, Externalitäten, Informationsasymmetrien) darstellen und Lösungsmöglichkeiten erläutern

(8) wirtschaftspolitische Zielsetzungen (unter anderem Preisniveaustabilität, Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit (Artikel 20a GG)) bewerten

2. Grundlagen der Betriebswirtschaft

(14) Wechselwirkungen zwischen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und unternehmerischen Interessen und Entscheidungen beurteilen

3. Globale Gütermärkte

(9) die Wirkung eines internationalen Umwelt- beziehungsweise Sozialabkommens im Hinblick auf verschiedene Akteure analysieren (zum Beispiel Paris-Abkommen, ILO-Regelwerk)

Bildungsplanbezug Gemeinschaftskunde (Leistungsfach)

Grundlagen der Wirtschaftspolitik

(2) Formen des Marktversagens (zum Beispiel fehlende Bereitstellung öffentlicher Güter, Fehlallokation durch externe Effekte, Gefährdung des Wettbewerbs, Informationsasymmetrien) und die Forderung nach wirtschaftspolitischem Handlungsbedarf erklären

(4) die Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik erläutern (Magisches Viereck und seine Erweiterung zum Sechseck) und mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik in der EU (Empfehlung des Rates) vergleichen

Wohlstand und Wirtschaftswachstum

(5) Maßnahmen der Wachstumspolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten

Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik

(16) Maßnahmen der Fiskalpolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. Erläutern Sie, weshalb „[d]urch die Corona-Pandemie [...] der Klimaschutz in den Hintergrund zu geraten“ droht.
2. Erklären Sie die ökonomische und ökologische Bedeutung sog. Lock-in-Effekte.
3. Erläutern Sie anhand konkreter Beispiele die vier Ts der Konjunkturpolitik.
4. Erörtern Sie, inwiefern das Konjunkturpaket der „Green Recovery“ dient.
5. „Im Konjunkturpaket wurde richtigerweise auf eine solche [Abwrack-]Prämie verzichtet, weil diese ein ökologischer wie ökonomischer Irrweg gewesen wäre.“ Bewerten Sie diese Aussage.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

I. Klimaschutz ja, aber wie?

1. Erläutern Sie die Bedeutung negativer Externalitäten (negativer externer Effekte) für die Formulierung umweltpolitischer Ziele (M 1).
2. Ordnen Sie die Argumentation Philip Plickerts (M 2) begründet einer wirtschaftspolitischen Theorie zu.

3. Vergleichen Sie die Einstellung von Jaschke/Dross/Kemfert (Basistext) und von Philip Plickert (M 2) zur Umsetzung der Energiewende. Die Abbildung M 3 kann Ihnen dabei helfen.
4. Gestalten Sie – ausgehend von der Karikatur Burkhard Mohrs (M 4) – ein Streitgespräch zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Haltungen zum Klimaschutz.
5. Erörtern Sie Vor- und Nachteile marktwirtschaftlicher Instrumente zur Beseitigung negativer externer Effekte.

II. Klimaschutz: Hat das Wachstumsdogma ausgedient?

1. Vergleichen Sie den Nationalen Wachstumsindex (NWI) mit dem BIP (M 6).
2. Entwickeln Sie Vermutungen, wie sich die einzelnen Komponenten des NWI in der Corona-Krise verhalten.
3. Gestalten Sie ein Positiv- sowie ein Negativszenario einer Welt, die auf Wirtschaftswachstum verzichtet. Ziehen Sie dazu auch die Ausführungen zur Postwachstumsökonomie (M 9, M10) mit ein.

Begleitmaterialien auf Moodle, Vgl. Hinweis S. 5

MATERIALIEN

M 1 Externalitäten

Durch die Energiewende werden Luftschadstoffemissionen reduziert, was Gesundheit und Wohlbefinden vieler Menschen verbessert. Neben den Gesundheitskosten und den vorzeitigen Todesfällen sind auch Ernteausfälle, Verluste an Natur und in der Biosphäre sowie Gebäudeschäden aufzuführen, die durch die Energiewende reduziert werden. Darüber hinaus verringern sich die Gefahren eines atomaren Unfalls oder weniger Lärm durch Verbrennungsmotoren entsteht. Diese Wirkungen lassen sich konzeptionell den verringerten externen Effekten zuordnen. Als externer Effekt oder auch Externalität werden in der Volkswirtschaftslehre die unkompenzierten Auswirkungen ökonomischer Entscheidungen auf unbeteiligte Marktteilnehmer bezeichnet. Sie werden nicht in das Entscheidungskalkül des Verursachers einbezogen. Ein negativer externer Effekt ist eine Schädigung durch ökonomische Entscheidungen Dritter, welche nicht (ausreichend) kompensiert wird. Für den Energieeinsatz bedeutet dies u. a., dass dabei Schadstoffe emittiert werden, die Menschen, Natur oder Dinge vor Ort oder in weiterer Entfernung schädigen. Der Energienutzer trägt die Kosten nicht.

© Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung mbH, GWS Research Reports 2018/07, Vorteile der Energiewende über die gesamtwirtschaftlichen Effekte hinaus, S. 29, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/vorteile-der-energiewende-ueber-gesamtwirtschaftlichen-effekte-hinaus.pdf?__blob=publicationFile&v=6

M 2 Philip Plickert, So sieht eine vernünftige Energiewende aus, FAZ, 07.08.2020

Die britische Energiewende und Klimapolitik ist ambitioniert und schon erstaunlich weit gekommen. Sie ist dabei günstiger und wirkungsvoller als die planwirtschaftliche Energie- und Klimapolitik der Deutschen. Soeben hat man in Britannien einen neuen Rekord aufgestellt: Seit mehr als vier Monaten läuft die Stromproduktion völlig ohne Kohlekraftwerke. Erstmals seit Beginn einer öffentlichen Elektrizitätsversorgung im Jahr 1892 kommt Britannien längere Zeit gänzlich ohne Kohleverstromung aus. Von den letzten drei Kohlekraftwerken Drax (Selby), Ratcliffe und West Burton wurde seit April nach Angaben des Netzbetreibers National Grid nur eines kurz zu Testzwecken hochgefahren; der Kohleanteil lag ansonsten bei null. Schon vor der Corona-Rezession war er auf einen Minirest von zwei Prozent gefallen. Das hat

geholfen, die Kohlendioxidemissionen auf der Insel um mehr als 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken – stärker als in Deutschland, das sich als großer Klimavorreiter wähnt. Nach dem EU-Austritt der Briten müssen nun andere mehr CO₂-Reduktion vorweisen, um die EU-Ziele zu erreichen. Das wird noch mal Milliarden kosten.

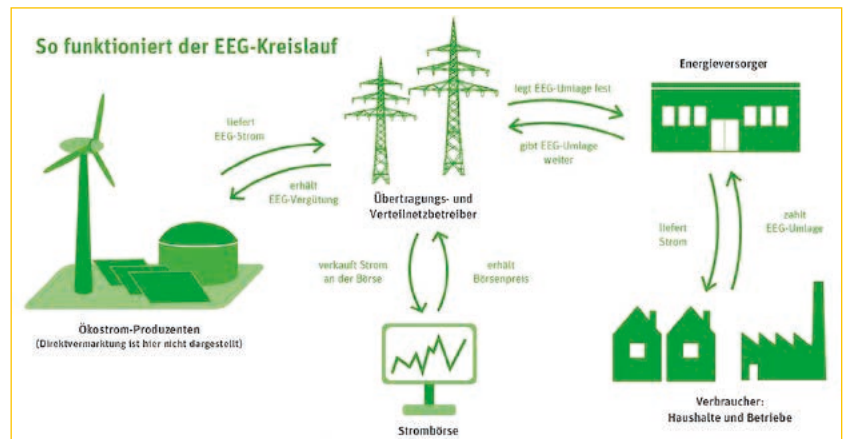
Besonders erstaunlich ist aber, wie Großbritannien den Kohleausstieg geschafft hat. Nicht durch planwirtschaftliche Vorgaben zur Abschaltung von Kraftwerken, verbunden mit Milliardenzahlungen an die Betreiber wie in Deutschland, sondern durch marktwirtschaftliche Mechanismen. 2012 trug Kohle auf der Insel noch 40 Prozent zur Stromversorgung bei. Die konservative Regierung in London hat dann Preissignale im Emissionshandel konsequent wirken lassen. Vor sieben Jahren führte sie einen „Carbon Price Floor“ ein. Dieser Aufschlag auf den EU-Zertifikatepreis stieg schnell auf 18 Pfund (etwa 20 Euro). Das war der entscheidende Hebel. Der Betrieb von Kohlekraftwerken wurde unrentabel, die Unternehmen haben eines nach dem anderen abgeschaltet. Stattdessen wurden moderne Gas- und Dampf-Kombikraftwerke gebaut, die nur etwa halb so viel CO₂ ausstoßen. Rund 40 Prozent trägt Erdgas heute zur Stromproduktion bei. Einige Kohlekraftwerke wurden auf Biomasse (Holzpellets) umgerüstet.

Stark gestiegen ist der Anteil der Windkraftparks. Vor allem im Meer, weit draußen vor der englischen und schottischen Küste, wo der Wind kräftig bläst, werden riesige neue Anlagen errichtet. Windenergie kam im vergangenen Jahr landesweit auf 20 Prozent der Stromproduktion. Die Kosten für Windparks fallen rapide, das hilft bei einer günstigen Versorgung. Solaranlagen tragen nur vier Prozent zur Stromversorgung bei.

Ein großer Unterschied zwischen der britischen und der deutschen Energiepolitik sind die Subventionen. Anfangs gab auch London hohe Zuschüsse für Windkraft- und Solaranlagen, vergleichbar den Einspeisevergütungen des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), doch auf der Insel wurden die Subventionen schneller reduziert und abgeschafft. Windanlagen werden heute in Auktionsverfahren vergeben, der kostengünstigste Erbauer kommt zum Zuge.

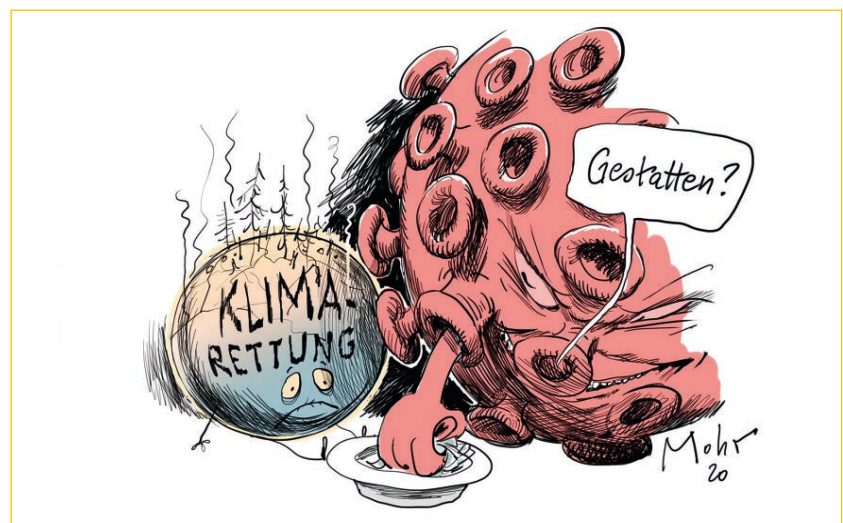
Das Ergebnis: Die britischen Verbraucher zahlen viel weniger für den Ausbau der erneuerbaren Energien, nur etwa 9 bis 10 Milliarden Pfund pro Jahr, während die deutschen Verbraucher über die EEG-Umlage mehr als 25 Milliarden Euro blechen. Statt der einst versprochenen Kosten von „einer Kugel Eis pro Monat“ (Jürgen Trittin) zahlt ein deutscher Durchschnittshaushalt etwa 400 Euro im Jahr für den Ökostrom. Auch unter Berücksichtigung der kleineren Bevölkerungszahl und des geringeren Industrieanteils im Königreich wird deutlich, dass die britische Energiewende viel günstiger ist – weil sie den Marktmechanismus nutzt. Der heutige Wirtschaftsminister Peter Altmaier, damals Um-

M 3 Funktionsweise des EEG-Mechanismus



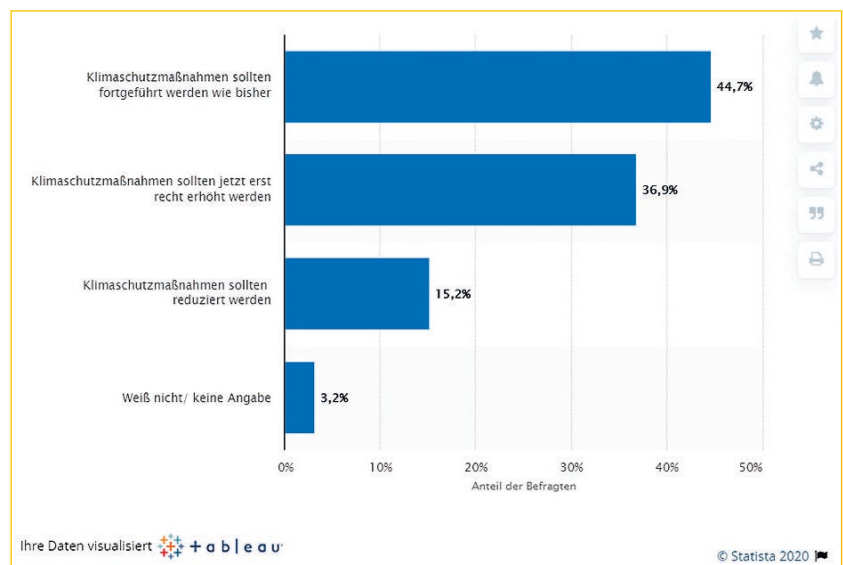
© <https://blog.energieDienst.de/wp-content/uploads/2013/11/EEG.jpg>

M 4 „Sieger und Verlierer“



© Burkhard Mohr, 2020

M 5 Umfrage: Die Corona-Krise führt in Deutschland zu wirtschaftlichen Beeinträchtigungen. Was halten Sie für richtig, wie es mit dem Klimaschutz in Deutschland weitergehen sollte?, Statista, 2020



© <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1170796/umfrage/klimaschutzmassnahmen-nach-corona-krise/>

weltminister, schätzte vor sieben Jahren die Kosten der deutschen Energiewende insgesamt auf eine Billion. Britannien zeigt, dass es günstiger möglich wäre.

Nicht zu vergessen ist auch, dass die Briten an der Kernkraft festhalten. Sowohl Labour als auch die Tories sind weiterhin grundsätzlich dafür, weil sie erkennen, dass das angestrebte Ziel von CO₂-Netto-Null-Emissionen bis 2050 ohne Kernenergie kaum zu erreichen sein wird. Fünfzehn Nuklear-Reaktoren laufen derzeit auf der Insel, sie lieferten 2019 gut 18 Prozent der Stromproduktion. Viele Anlagen sind schon alt. In der Grafschaft Somerset wird ein neues Atomkraftwerk Hinkley Point C gebaut, es soll künftig sieben Prozent des Stromverbrauchs abdecken. In Sizewell ist ebenfalls ein dritter Reaktor in Planung. Zwar sind die Kosten besonders für Hinkley Point C hoch, die Regierung glaubt aber, dass im Sinne der Versorgungssicherheit Atomkraft nötig ist. Auch dies unterscheidet Britannien und Deutschland: Auf der Insel denkt fast niemand daran, gleichzeitig aus Kohle und Atom auszusteigen.

© <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/grossbritannien-50-sieht-eine-vernuenftige-energiewende-aus-16893115.html>; 07.08.2020

M 6a Indikator: Nationaler Wohlfahrtsindex

Welche Bedeutung hat der Indikator?

Das BIP bildet die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft ab und ist als international vergleichbare statistische Kenngröße anerkannt. Jedoch ist das BIP alleine als Maß für die gesellschaftliche Wohlfahrt nicht geeignet. Wichtige Kritikpunkte sind: Das BIP berücksichtigt nicht die Verteilung des Einkommens sowie ehrenamtliche Tätigkeiten und Hausarbeit. Das BIP erfasst keine Folgekosten durch Umweltschäden. Eine Verringerung des Naturkapitals wird daher nicht abgebildet. Sogenannte Defensivausgaben zur Bekämpfung von Kriminalität, Drogenkonsum oder die Folgekosten von Verkehrsunfällen wirken sich tendenziell sogar positiv auf das BIP aus.

Mit dem NWI wurde ein Indikator entwickelt, der diese Kritikpunkte berücksichtigt. Ausgehend von den Konsumausgaben enthält der NWI Zu- und Abschläge, je nachdem ob es sich um wohlfahrtssteigernde oder wohlfahrtsmindernde Kategorien handelt. Zunehmende Ungleichverteilung verringert den Wert des Index. Umweltkosten und Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen sind Beispiele für negative Kategorien, Ehrenamt und Hausarbeit für positive Kategorien. Der NWI kommt auch in den Bundesländern zunehmend zum Einsatz.

Wie ist die Entwicklung zu bewerten?

Seit 1991 ist das Bruttoinlandsprodukt um mehr als 39% gestiegen, der als NWI gemessene Wohlstand jedoch nur um rund 12%. Das BIP stieg seit 1991 fast kontinuierlich, nur im Jahr der Wirtschaftskrise 2009 gab es einen größeren Einbruch. Die Entwicklung des NWI seit 1991 zeigt vier Phasen. Bis 1999 ist parallel zum BIP eine kontinuierliche Steigerung zu beobachten. Danach zeigt sich eine Schere: Während das BIP weiter steigt, sinkt der NWI. Ursache war vor allem die zunehmende Einkommensungleichheit. Bis 2013 zeigen sich kaum Schwankungen, seit 2013 ist ein positiver Trend zu verzeichnen. Der NWI liegt noch immer deutlich unter dem BIP, entwickelt sich jedoch nun in die gleiche Richtung.

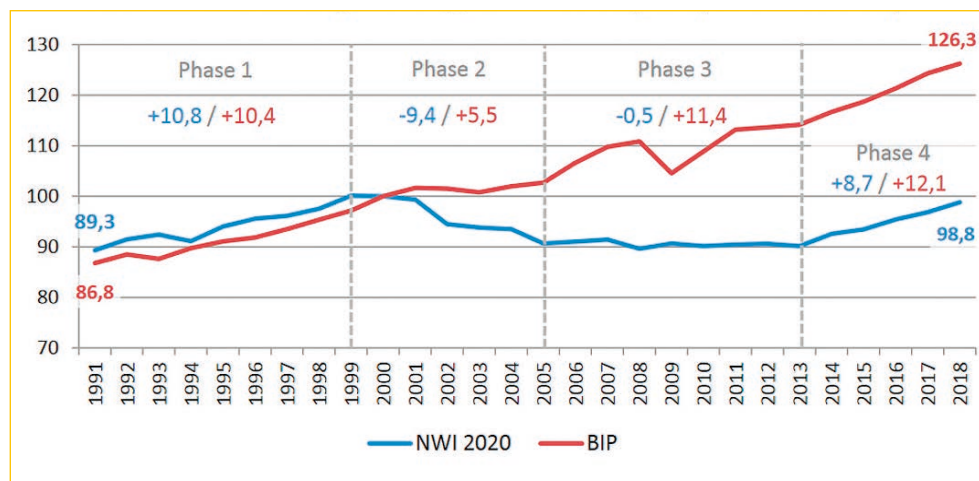
M 6b Übersicht über die Komponenten des NWI

Index	Beschreibung	Gew.
1	Index der Einkommensverteilung	Gew.
2	Gewichteter privater Konsum	+
3	Wert der Hausarbeit	+
4	Wert der ehrenamtlichen Arbeit	+
5	Öffentliche Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen	+
6	Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter	+ / -
7	Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	-
8	Kosten durch Verkehrsunfälle	-
9	Kosten durch Kriminalität	-
10	Kosten durch Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum (Merkposten)	-
11	Gesellschaftl. Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen	-
12	Kosten durch Wasserbelastungen (Merkposten)	-
13	Kosten durch Bodenbelastungen (Merkposten)	-
14	Kosten durch Luftverschmutzung	-
15	Kosten durch Lärmbelastung	-
16	Verlust bzw. Gewinn durch Biotopflächenänderungen (Merkposten)	+ / -
17	Verlust bzw. Gewinn durch Änderung landwirtschaftlicher Fläche	+ / -
18	Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger	-
19	Kosten durch Treibhausgase	-
20	Kosten der Atomenergienutzung	-

© Benjamin Held und Dorothee Rodenhäuser, Wohlfahrtsmessung jenseits des BIP, <https://www.postwachstum.de/wohlfahrtsmessung-jenseits-des-bip-20181002>

Den größten Anteil an der NWI-Berechnung haben die preisbereinigten Konsumausgaben, die mit der Einkommensverteilung (Gini-Index) gewichtet sind. Die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen in den 2000er Jahren ist die Hauptursache für das Sinken des NWI. Auf der anderen Seite zeigt sich bei den wohlfahrtsmindernden Komponenten ein leichter Trend zur Verbesserung, insbesondere durch die Verringerung von Umweltbelastungen. Auch die unterschiedliche Entwicklung im Krisenjahr 2009 kann durch die Konstruktion des NWI erklärt werden: Während die Wertschöpfung der Volkswirtschaft und somit das BIP in die

M 6c Entwicklung des NWI₂₀₂₀ und BIP im Vergleich (normiert 2000=100)



Held, Benjamin, Rodenhäuser, Dorothee, Diefenbacher, Hans: NWI 2020 - Auswirkungen der Coronapandemie auf die Wohlfahrt, IMK Policy Brief 96, 2020
© https://www.imk-boeckler.de/defaust-detail.htm?sync_id=9058

sem Jahr einbrach, reagierte keine der NWI-Komponenten in jenem Jahr signifikant.

Wie wird der Indikator berechnet?

Der NWI stellt die Summe von 20 monetär bewerteten Komponenten dar. Der größte Posten ist der mit der Einkommensverteilung (Gini-Index) gewichtete private Konsum. Darüber hinaus fließen weitere wohlfahrtssteigernde Komponenten wie Hausarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten und Ausgaben für Bildung und Gesundheit positiv in den NWI ein. Schließlich werden wohlfahrtsmindernde Aktivitäten abgezogen, wie etwa die Kosten für verschiedene Umweltschäden oder Kriminalität.

© <https://www.umweltbundesamt.de/indikator-nationaler-wohlfahrtsindex#wie-wird-der-indikator-berechnet>

M 7 „Ein CO₂-neutrales Leben ist nur möglich, wenn die Wirtschaft wächst“, Interview von Thorsten Mumme, Der Tagesspiegel, 21.06.2020

Tagesspiegel: Herr Schnellenbach, die Corona-Krise hat unser Leben und auch die Wirtschaft entschleunigt. Immer wieder werden Stimmen laut, die sagen, dass sei auch ganz gut so; das „immer höher und weiter“ sei vorbei. Warum sollte eine Volkswirtschaft dennoch wachsen?

Jan Schnellenbach: Das kann man zunächst ganz individuell aus Sicht der Konsumenten beantworten. Langfristig gesehen sind unsere Bedürfnisse wohl nie komplett erfüllt. Trotz allem Wohlstand haben wir ja noch immer Visionen, Wünsche und Vorstellungen, wie unser Leben noch angenehmer werden könnte. Und dafür ist Wachstum eine Voraussetzung.

Tagesspiegel: Wie ist es möglich, dass eine Wirtschaft angesichts begrenzter Ressourcen immer weiter wächst?

Jan Schnellenbach: Ökonomisch betrachtet ist das ganz einfach. Sie können Wachstum erstens erreichen, indem Sie mehr Ressourcen einsetzen. Bis zur industriellen Revolution war das der wichtigste Weg, um zu wachsen. Man setzte mehr Arbeitskraft ein, erhöhte damit aber über eine sehr lange Zeit das Pro-Kopf-Einkommen nur wenig. Danach hat aber ein enormer technischer Fortschritt eingesetzt, der Wachstum durch Produktivitätsfortschritte ermöglichte und auch die Konsummöglichkeiten der Menschen um ein Vielfaches erhöhte.

Tagesspiegel: Produktivität ist also das Schlüsselwort.

Jan Schnellenbach: Genau. Der technische Fortschritt lässt Arbeit und Kapital produktiver werden. Nur so schaffen wir es, um ein vielfaches höhere Einkommen zu erzielen, als es durch höheren Einsatz von Ressourcen möglich wäre. Diese werden mit technischem Fortschritt teils frei für andere, neue Aufgaben, was wiederum Wachstum generiert. Und dieser Weg ist ja noch nicht abgeschlossen. Auch heute können die Ressourcen noch produktiver genutzt werden. Wenn Sie das Pro-Kopf-Einkommen wachsen

lassen wollen, dann ist technischer Fortschritt der einzige Weg, das zu erreichen.

Tagesspiegel: Doch genau an diesen Fortschritt glauben Umwelt-Aktivisten nicht und fordern stattdessen Verzicht. Was würde das konkret bedeuten?

Jan Schnellenbach: Das hätte Auswirkungen im Portemonnaie jedes Bürgers, würde aber auch unser staatliches Gemeinwesen betreffen. Wenn wir über längere Zeit eine schrumpfende Volkswirtschaft hätten, wäre es beispielsweise schwierig, all die Versprechen zu erfüllen, die unser Sozialsystem für die Zukunft bereits gegeben hat. Rentenansprüche, Krankenversorgung – das alles setzt vor allem bei der aktuellen demographischen Entwicklung voraus, dass wir produktiver werden und auch wachsen, damit die laufenden Einkommen nicht zu stark mit Steuern und Abgaben belastet werden müssen, um die sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren. Und wenn nicht die Marktteilnehmer damit rechnen würden, dass das Wachstum wieder anspringt, dann würde dem Staat auch aktuell niemand zu vertretbaren Konditionen das Geld leihen, das er braucht, um die Corona-Krise abzumildern.

Tagesspiegel: Hier würden Aktivisten einwenden: Der Klimawandel könnte noch viel mehr Menschenleben kosten.

Jan Schnellenbach: Die Frage ist ja auch nicht, ob, sondern wie er zu bekämpfen ist. Und die Fraktion der Technikoptimisten würde sagen: Mit Wachstum. Denn nur so können Innovationen entwickelt werden, die uns ein CO₂-neutrales Leben ermöglichen, ohne dass die Lebensqualität darunter leidet. Aktuell haben wir die technischen Möglichkeiten schlicht noch nicht.

Tagesspiegel: Und die Corona-Krise hat gezeigt, dass auch ein weltweiter Shutdown die CO₂-Bilanz nicht ausreichend verbessert.

Jan Schnellenbach: Ja, die Krise zeigt, wie extrem der Weg über Verzicht sein müsste. Nämlich noch sehr viel schärfer als wir es in den vergangenen Monaten gespürt haben. Und ich denke, die Leute leiden jetzt schon darunter. Der Weg des Schrumpfens ist aus meiner Sicht deshalb auch politisch nicht durchsetzbar. Dafür bräuhete es schon einen kompletten Systemwechsel, der uns alle wesentlich ärmer machen würde.

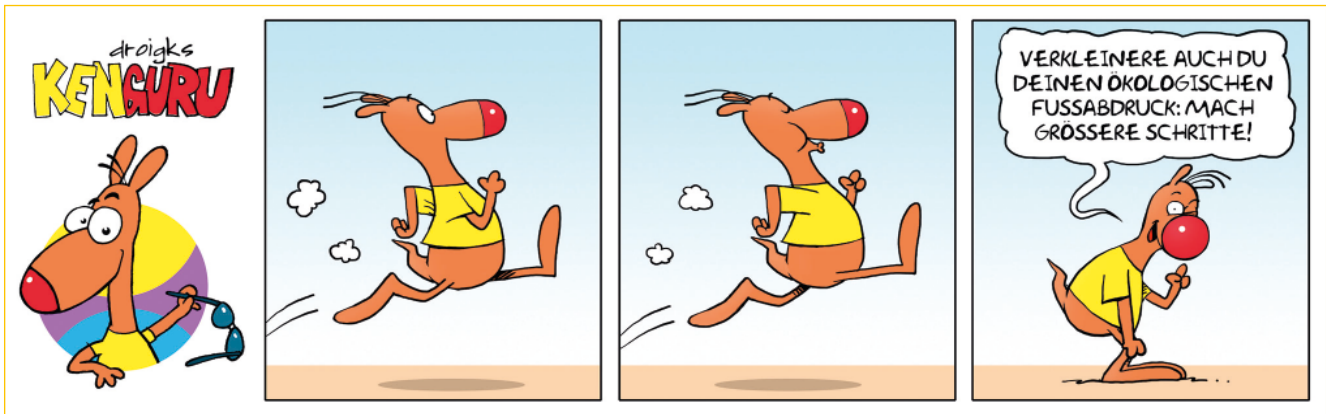
Tagesspiegel: Damit meinen Sie: Mehr Staat, weniger Privatwirtschaft, oder?

Jan Schnellenbach: Ja, einige Degrowth-Aktivisten träumen sicherlich von einer Kommando-Wirtschaft, bei der der Staat zum Unternehmer wird oder wenigstens den privaten Unternehmen vorschreibt, wie sie wirtschaften sollen.

Tagesspiegel: Die Journalistin Ulrike Hermann fordert, man solle sich die Kriegswirtschaft Großbritanniens im Zweiten Weltkrieg zum Vorbild nehmen, bei dem der Staat angeordnet hat, was die privaten Unternehmen produzieren.

Jan Schnellenbach: Genau. Aber wirtschaftshistorisch betrachtet waren das sehr gravierende Einschnitte in den Wohlstand der pri-

M 8 Kenguru - ökologischer Fußabdruck



© picture alliance / dieKLEINERT.de / Sylvio Droigk | Sylvio Droigk

vaten Haushalte; das würde ich niemandem zumuten wollen. Das Konsumniveau litt immens, weil ein Großteil der Ressourcen nicht mehr für privaten Konsum oder zivile Investitionen zur Verfügung stand, sondern ins Militär floss. Diesmal wäre der Unterschied, dass Produktionspotential bewusst ungenutzt bliebe, anstatt ins Militär gelenkt zu werden. Dabei werden derlei Pläne aber immer in einer seltsam idyllischen Art weichgezeichnet. Man sieht uns dann alle in der Landwirtschaft auf dem Feld Handarbeit leisten und die Zeit wird zurückgedreht. Ich halte technischen Fortschritt da für den sehr viel besseren und realistischeren Weg, unsere ökologischen Probleme zu lösen.

Tagesspiegel: Allerdings hat der bisherige Weg tatsächlich nicht zu einer ausreichenden Senkung des CO₂-Ausstoßes geführt.

Jan Schnellenbach: Der Punkt ist, dass bei der Bepreisung von CO₂ eine Kostenwahrheit entstehen muss. Dass also der gesellschaftliche Preis des CO₂-Ausstoßes im Preis des Konsums berücksichtigt ist. Man kann das über den Emissionshandel machen oder über eine CO₂-Steuer. Das sorgt auf der Konsumentenseite dafür, dass die Einkäufe entsprechend angepasst werden. Und es sorgt auf der Produzentenseite für starke Innovationsanreize. Wenn wir eine glaubwürdige politische Ankündigung hätten, dass der CO₂-Preis stetig und nicht zu langsam ansteigen wird, wäre das ein massiver Anreiz, in solche Technologien zu investieren. Dann käme der Fortschritt im Bereich CO₂-sparender Technologien auch recht schnell, ohne noch große, spezialisierte Förderprogramme für Unternehmen aufzulegen.

Tagesspiegel: Und geschieht das mit dem Klimapakete der Bundesregierung?

Jan Schnellenbach: Es ist ein brauchbarer Einstieg, aber der CO₂-Preis ist in der Tat zu niedrig. Und man hätte für die nächsten fünf bis zehn Jahre einen schärferen Zielkorridor für steigende CO₂-Preise oder stärker sinkende CO₂-Mengen im Emissionshandel verbindlich ankündigen sollen. Da war man noch zu vorsichtig. (...)

Tagesspiegel: Hat sich das Konsumverhalten durch Corona geändert?

Jan Schnellenbach: Ich glaube nicht nachhaltig. Wenn die Pandemie irgendwann wieder ausgestanden ist und die Leute auch ohne Maske einkaufen können, werden wir relativ schnell sehen, dass die Welt wieder die gleiche ist, die sie vor der Krise war. Die Bedürfnisse der Menschen haben sich nicht geändert.

Tagesspiegel: Also ist die Krise keine Blaupause für einen nachhaltigen Konsum?

Jan Schnellenbach: Ich finde die Behauptung sehr problematisch, dass die Corona-Krise ein Muster sein könnte, das wir anwenden könnten, um die Klimakrise zu lösen. Die Menschen dazu zu bewegen, weniger zu konsumieren, wäre nur mit Zwang erreichbar, freiwillig werden sie es nicht tun. Vielmehr sollte uns die aktuelle Krise vor Augen führen, dass wir Wachstum und Wohlstand brauchen.

Tagesspiegel: Inwiefern?

Jan Schnellenbach: Eine schrumpfende Volkswirtschaft würde uns nicht nur ärmer machen, sondern wir hätten auch weniger Mittel, um solche völlig überraschenden Krisen wie die aktuelle zu bewältigen. Die technischen und medizinischen Mittel und auch die Einkommen, die uns für solche Krisen robust machen, fallen nicht vom Himmel, sondern sind das Ergebnis langfristigen Wirtschaftswachstums. Man mag sich gar nicht ausmalen, was passieren würde, wenn eine Pandemie uns nach ein paar Jahrzehnten Degrowth erwischt.

Jan Schnellenbach (47) ist seit 2014 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Brandenburgisch Technischen Universität (BTU). Zuvor war er Geschäftsführender Forschungsreferent am Walter Eucken Institut in Freiburg.

© <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/wachstum-und-klimaschutz-ein-co2-neutrales-leben-ist-nur-moeglich-wenn-die-wirtschaft-waechst/25936384.html>

M9 Jan Petermann, David Hutzler, Wider das Wachstumsdogma: Wie Corona die Richtung ändern könnte, *dpa*, 01.05.2020

Lockdown, Börsenschock, Hunderttausende in Kurzarbeit, Millionen in Existenznot: Die Viruskrise bringt nicht nur medizinisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial enorme Probleme mit sich. Von positiven Effekten zu sprechen, mag da vermessen erscheinen. Doch manch einer sieht die Chance, gerade jetzt die Gelegenheit für ein Umsteuern zu ergreifen. „Wir werden durch einen äußeren Schock in einen Zustand gebracht, der so nie gekommen wäre“, sagt etwa Henning Vöpel, Chef des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts. Nach dem Motto: Wenn (fast) nichts mehr geht, lässt sich Neues denken und erproben. Vorstellungen von Ökonomie und Alltag könnten sich ändern.

1. Immer weiter wachsen – auf wessen Kosten? Die Weltwirtschaft auf Sparflamme, erzwungen durch ein kleines, aber gefährliches Virus: Das schärft den Blick auf Mechanismen, die wir sonst kaum mehr infrage stellen. Müssen Umsätze und Gewinne von Firmen, müssen Leistungen von Volkswirtschaften unbedingt ständig zunehmen? Nein, meinen Kritiker wie etwa der Ökonom Niko Paech von der Uni Siegen. Sein Gegenmodell einer „Post-Wachstumsökonomie“ mutet derzeit noch radikal an: Rückbau globaler Lieferketten, Schrumpfung der Industrie – stattdessen regionale Wertschöpfung, Sharing-Modelle und mehr Selbstversorgung.

„Auffällig sind nicht nur die ökologischen und sozialen Verwerfungen einzelner Industrien, sondern deren Kartenhaus-Charakter, das heißt die ökonomischen Risiken globaler Verflechtungen“, erklärt Paech. Gerade die internationale Autobranche ins Stocken, habe das negative Auswirkungen auf die Nachfrage auf anderen Märkten. Zudem würden nach seiner Einschätzung viele Menschen „nicht mehr zurück wollen in das Hamsterrad, das in der Prä-Corona-Phase für normal gehalten wurde“.

Doch so sinnvoll mehr Genügsamkeit teils erscheinen mag: Verzicht auf wirtschaftliche Stärke ist nicht immer die Lösung. „Ohne Wachstum ist es auch schwierig, Schrumpfen kann nicht das Ziel sein“, sagt der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher. „Dann haben wir Arbeitsplatz- und Wohlstandsverluste.“ Sein Kollege Sebastian Dullien vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung meint: „Es ist wenig überzeugend zu sagen, die Krise zeige uns, dass wir einfach kein Wachstum mehr brauchen.“

2. Umwelt, Ressourcen, Klima: Befürworter eines sozial-ökologischen Wandels betonen, die Pandemie ermahne uns, die Umweltfolgen unseres Wirtschaftens zu drosseln. Der Eingriff in die



Postwachstumsökonom Professor Niko Paech

© Michael Messal

natürlichen Reservoirs mancher Viren und Ökosysteme kann das Überspringen von Erregern aus dem Tierreich begünstigen. So geraten auch die Konsequenzen einer extensiven Landwirtschaft und globaler Handelsströme in den Fokus. Die Politikökonomin Maja Göpel etwa entwirft Szenarien, wie man aus übermäßiger Ressourcennutzung aussteigen und Kreislaufsysteme aufbauen könnte, die ohne einen zu hohen Naturverbrauch auskommen.

Experten befassen sich mit der Zurechnung der gesellschaftlichen Kosten „negativer externer Effekte“ an die Verursacher. Mit mahnenden Worten stehen Forscher und Klimaaktivisten nicht allein da. Bundestagspräsident und Ex-Finanzminister Wolfgang Schäuble sagte dem „Tagesspiegel“: „Noch immer ist nicht nur die Pandemie das größte Problem, sondern der Klimawandel, der Verlust an Artenvielfalt – all die Schäden, die wir Menschen und vor allem wir Europäer durch Übermaß der Natur antun.“ Jedoch befürchtet die Klimabewegung auch, dass die Beschäftigung mit Corona das langfristig größere Problem von CO₂-Emissionen und Erderwärmung wieder in den Hintergrund drängt.

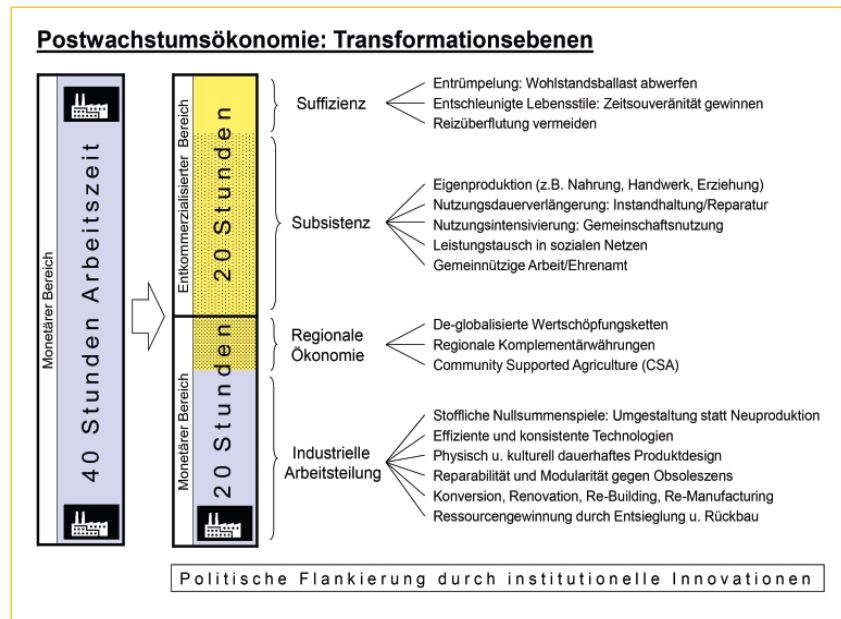
3. Guter Markt, schlechter Staat? Lange hielten Wirtschaftsakteure und -wissenschaftler den Staat für bevormundend und bürokratisch. Es mag sein, dass einige Hilfen nun kompliziert zu beantragen sind. Im Pandemie-Schock erlebt der Staat aber eine Renaissance. „Ich würde schon sagen, dass die Corona-Krise so etwas wie der letzte Sargnagel für den Neoliberalismus ist“, meint Fratzscher. „Nun sehen wir: Der Staat ist die letzte Instanz, wenn es darauf ankommt. Der Markt kann in entscheidenden Bereichen nicht mehr allein funktionieren.“ Das habe sich bereits in der Finanzkrise 2008/2009 abgezeichnet.

Manche sehen die Krise auch als Anlass für eine „Investitionswende“, um die Digitalisierung, medizinische Forschung oder Modernisierung der Schul- und Verkehrsinfrastruktur voranzutreiben. „Jetzt muss die Nachfrage weiter gestützt werden“, meint Dullien zum Sanierungsstau in vielen Bereichen. Die Zeit primärer Sparpolitik sei jedenfalls wohl vorbei. Paech spricht von einer „historisch einmaligen Situation“: Der Staat habe die Möglichkeit, Finanzierungshilfen an ökologische Ziele zu koppeln. Kommt ein erweiterter „Green Deal“?

4. Die Gesellschaft hilft sich auch selbst. Corona-Mittel fließen aber nicht nur von oben nach unten. Bürger, Haushalte, Vereine und Firmen nehmen einen großen Teil ihres Schicksals selbst in die Hand. Es gibt private und soziale Initiativen – Nachbarschaftshilfe beim Einkaufen, Crowdfunding für Gastronomen, Musiker und Künstler, Unternehmensspenden mit medizinischem Material. „Das zeigt, dass wir eine recht intakte gesellschaftliche Struktur haben“, sagt Dullien. „Auch das Sozialkapital einer Gesellschaft ist wichtig“, erklärt Vöpel. „Wir denken, wenn wir anderen helfen: Es hätte auch mich treffen können.“ Mit Blick auf die Zeit nach Corona meint Paech: „Der Anschlag einer nachhaltigen Entwicklung jenseits der Krisenlogik kann nur aus der Zivilgesellschaft kommen.“ Viele Menschen üben in der jetzt frei gewordenen Zeit bereits neue Verhaltensmuster ein.

5. Zufriedenheit contra Profitstreben und das Gesundheitssystem. Dass nicht jeder immer nur egoistisch handelt, sieht man deutlich. Gängige Wirtschaftsmodelle basieren aber noch auf der Annahme, wir strebten stets nach möglichst viel Nutzen und Wohlstand und die Wirtschaft nur nach möglichst hohen Gewinnen bei minimalen Kosten. Lässt sich das Bild noch halten? „Eigentlich geht es um mehr“, räumt Fratzscher ein. „Das Problem

M 10 Postwachstumsökonomie im Gesamtüberblick



© Niko Paech

ist nur, dass der Grad der Erreichung weiterer Ziele wie Glück oder Zufriedenheit schwer zu messen ist“, sagt er.

Paech sieht eine psychische Grenze erreicht und meint „die Reizüberflutung, die Beschleunigung, den Leistungsstress, die Unmöglichkeit, all das, was man sich kaufen kann, genuss- und sinnstiftend auszuschöpfen“. Das alles werde in der aktuell „entschlackten Gegenwart“ neu überdacht. Ein Umdenken könnte sich auch im Gesundheitswesen zeigen. „Es ist gut, im medizinischen System Wettbewerb zuzulassen“, sagt Fratzscher. „Aber man sollte gleichzeitig sicherstellen, dass es hohe Qualität in der Grundversorgung gibt.“ Gewinninteressen dürften nicht überall den Ton angeben, „Symbiose zwischen Staat und Markt“ sei nötig. Auch das oft niedrige Gehalt systemrelevanter Jobs ist ein Thema. Und manche glauben, die Zeit für das bedingungslose Grundeinkommen sei nun reif.

6. Wer bekommt was, wer verliert was? So wie ungleiche Verteilung von Einkommen oder Vermögen das wirtschaftliche Wachstum belasten kann, so können die Lasten der Krise schwache Gruppen zusätzlich schwächen und die Polarisierung der Gesellschaft verschärfen. Fratzscher warnte jüngst, die Hilfen für Familien, deren Kinder während der Pandemie zu Hause bleiben müssen, fielen zu gering aus. Einige Bildungsforscher glauben zudem, „Homeschooling“ vertiefe den Abstand zwischen guten und förderbedürftigen Schülern, die digitale Angebote nicht so gut nutzen können oder wenig Unterstützung aus dem Elternhaus bekommen.

Wer Existenzängste hat, kann es als zynisch empfinden, wenn das Herunterfahren der Wirtschaft mit auf seine Kosten geht. „Viele Leute werden ungeduldig“, beobachtet Dullien. „Wenn die Krise sich weiter fortsetzt, kommt der Staat an seine finanziellen Grenzen“, ergänzt Paech. „Um Menschen zu helfen, bedarf es mehr als finanzieller Unterstützung, nämlich Hilfe zur Selbsthilfe, um genügsamer und damit krisenrobuster leben zu können.“ Das bedeute Lernen aus der Krise.

© dpa